

**Vorlage an den Landrat**

**Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind  
2019/164**

vom 19. Februar 2019

## 1. Übersicht

### 1.1. Zusammenfassung

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2018** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2017** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung beantragt wird (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

### 1.2. Inhaltsverzeichnis

1.	Übersicht .....	2
1.1.	Zusammenfassung	2
1.2.	Inhaltsverzeichnis	2
2.	Abzuschreibende Aufträge .....	4
2.1.	Finanz- und Kirchendirektion	4
2.1.1.	<i>Postulate</i>	4
2.1.2.	<i>Motionen</i>	6
2.2.	Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	6
2.2.1.	<i>Postulate</i>	6
2.2.2.	<i>Motionen</i>	6
2.3.	Bau- und Umweltschutzdirektion	6
2.3.1.	<i>Postulate</i>	6
2.3.2.	<i>Motionen</i>	7
2.4.	Sicherheitsdirektion	7
2.4.1.	<i>Postulate</i>	7
2.4.2.	<i>Motionen</i>	7
2.5.	Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	7
2.5.1.	<i>Postulate</i>	7
2.5.2.	<i>Motionen</i>	7
2.6.	Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung des Landrats	7
2.6.1.	<i>Postulate</i>	7
2.6.2.	<i>Motionen</i>	8
3.	Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden .....	8
3.1.	Finanz- und Kirchendirektion	8
3.1.1.	<i>Postulate</i>	8
3.1.2.	<i>Motionen</i>	11
3.2.	Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	12
3.2.1.	<i>Postulate</i>	12
3.2.2.	<i>Motionen</i>	12
3.3.	Bau- und Umweltschutzdirektion	13
3.3.1.	<i>Postulate</i>	13
3.3.2.	<i>Motionen</i>	14
3.4.	Sicherheitsdirektion	14
3.4.1.	<i>Postulate</i>	14
3.4.2.	<i>Motionen</i>	15
3.5.	Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	16
3.5.1.	<i>Postulate</i>	16

3.5.2.	<i>Motionen</i>	19
3.6.	Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung des Landrats	19
3.6.1.	<i>Postulate</i>	19
3.6.2.	<i>Motionen</i>	20
4.	Anträge .....	21
5.	Anhang .....	21

## 2. Abzuschreibende Aufträge

Gemäss § 46 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landrats vom 21. November 1994 (SGS 131.1) unterbreitet der Regierungsrat Berichte und Anträge über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrats erfüllt worden sind. Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2018** überwiesenen, **noch nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2017** überwiesenen, **noch nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung beantragt wird (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

### 2.1. Finanz- und Kirchendirektion

#### 2.1.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2012/149	<a href="#">Gemeindestrukturen im Baselbiet - Zuerst die Untersuchung - dann das Rezept</a> <a href="#">Postulat, FDP-Fraktion, vom 24.05.2012</a>	Die in den Vorstössen 2012/149, 2012/261, 2012/292 und 2013/060 geäusserten Intentionen und Fragestellungen sind Gegenstand des VAGS-Prozesses (Verfassungsauftrag Gemeindestärkung). Sie werden in Zusammenhang mit verschiedenen Projekten behandelt und konkret umgesetzt (vgl. <a href="#">Link 1</a> und <a href="#">Link 2</a> ). Eine separate Beantwortung erübrigt sich daher. <b>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2012/149 abzuschreiben.</b>	
2012/261	<a href="#">Vermehrte Zusammenarbeit der Gemeinden in funktionalen Räumen - Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung gewährleisten</a> <a href="#">Postulat, Urs Leugger, vom 6. September 2012</a>	Die in den Vorstössen 2012/149, 2012/261, 2012/292 und 2013/060 geäusserten Intentionen und Fragestellungen sind Gegenstand des VAGS-Prozesses (Verfassungsauftrag Gemeindestärkung). Sie werden in Zusammenhang mit verschiedenen Projekten behandelt und konkret umgesetzt (Links: siehe Antwort zu 2012/149). Eine separate Beantwortung erübrigt sich daher. <b>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2012/261 abzuschreiben.</b>	
2012/292	<a href="#">Gemeindestrukturen im Baselbiet: Zweckgemeinden als zukunftsorientierte Lösung?</a> <a href="#">Postulat, Michael Herrmann, vom 18.10.2012</a>	Die in den Vorstössen 2012/149, 2012/261, 2012/292 und 2013/060 geäusserten Intentionen und Fragestellungen sind Gegenstand des VAGS-Prozesses (Verfassungsauftrag Gemeindestärkung). Sie werden in Zusammenhang mit verschiedenen Projekten behandelt und konkret umgesetzt (Links: siehe Antwort zu 2012/149). Eine separate Beantwortung erübrigt sich daher. <b>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2012/292 abzuschreiben.</b>	

2013/060	<a href="#">Ein Gemeindevereinigungsgesetz für den Kanton Baselland</a> <a href="#">Motion, Klaus Kirchmayr, vom 28.02.2013</a>	<p>Die in den Vorstössen 2012/149, 2012/261, 2012/292 und 2013/060 geäußerten Intentionen und Fragestellungen sind Gegenstand des VAGS-Prozesses (Verfassungsauftrag Gemeindestärkung). Sie werden in Zusammenhang mit verschiedenen Projekten behandelt und konkret umgesetzt (Links: siehe Antwort zu 2012/149). Eine separate Beantwortung erübrigt sich daher.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2013/060 abzuschreiben.</b></p>	
2014/421	<a href="#">Angemessene Unterstützung für Unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA)</a> Postulat, <a href="#">Andreas Bammatter</a> , vom 10.12.2014	<p>Das Kantonale Sozialamt hat im Jahr 2015 in Arlesheim eine UMA-Unterkunft eröffnet. Damit wurden die wesentlichen Forderungen des Postulats erfüllt. Die Anzahl der Asylgesuche von UMA in der Schweiz ging bereits im 2016 (1'997) und auch im 2017 (733) stark zurück. Dem Kanton wurden im 2017 4 UMA und im 2018 3 UMA zugeteilt. Der Betrieb der UMA-Unterkunft konnte deshalb auf Ende 2017 eingestellt werden. Zudem hat der Regierungsrat mit Beschluss 2018-711 vom 8. Mai 2018 sichergestellt, dass im Kanton in Zukunft eine adäquate Anzahl Plätze in Wohngruppen dauernd vorhanden ist und er auf eine plötzliche Zunahmen von UMA angemessen reagieren kann (verschiedene Szenarien abgestuft nach der Anzahl der UMA). In diesem Zusammenhang wurde im RRB auch die Betreuung geregelt und koordiniert, indem das KSA mit der BKSD das Verfahren definiert haben.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2014/421 abzuschreiben.</b></p>	
2015/316	<a href="#">Verbesserte Integration von Flüchtlingen</a> Postulat, <a href="#">Elisabeth Augstburger</a> , vom 27.08.2015	<p>Das Kantonale Sozialamt hat in Münchenstein ein Pilotprojekt umgesetzt. Dabei handelt es sich um ein Assessmentcenter für Flüchtlinge mit dem Ziel, diese Personen baldmöglichst in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Evaluation des Projekts Assessmentcenter liegt vor; im Grundsatz wurden gute Erfahrungen gemacht. Im Weiteren hat das Kantonale Sozialamt im 2017 ein Konzept für die Integration von Vorläufig Aufgenommen und Flüchtlingen erarbeitet und publiziert. Zudem wird mit der Integrationsagenda Schweiz der Wille der Postulantin ab März 2019 auf Bundesebene umgesetzt. In der revidierten KAV sind die Assessmentcenter verbindlich verankert. Das KSA hat entsprechende Vorbereitungsarbeiten bereits vor einigen Monaten gestartet. Im Assessmentcenter werden Kurzassessments durchgeführt, Potentialabklärungen vorgenommen und ein Jobcoaching angeboten. Eine durchgehende Fallführung gehört auch dazu. Das alles wird bei den Gemeinden zu einer deutlichen Entlastung in der Betreuung dieser Personengruppe führen. Dem Anliegen der Postulantin wird somit hinreichend Rechnung getragen.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2015/316 abzuschreiben.</b></p>	

### 2.1.2. Motionen

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2016/004	<a href="#">Keine direkte Personalaufstockung durch neue Landratsvorlagen</a> Motion, FDP-Fraktion, vom <a href="#">14.01.2016</a>	Mit der Stärkung der finanziellen Steuerung (StäfiS) wurden stärkere Steuerungsmöglichkeiten bei den Stellen (Personalaufstockungen) eingeführt, beispielsweise mit § 22, Vo FHG. Zudem hat der Vorsteher der Finanz- und Kirchendirektion das Handbuch Finanzhaushaltsrecht und Personal erlassen, welches viele Details zur Steuerung zur Personalaufstockung regelt. Bei der Erstellung des Handbuchs wurden die Anforderungen der Motion geprüft und entsprechend berücksichtigt. Deshalb sieht die Regierung keinen weiteren Handlungsbedarf. <b>Der Regierungsrat beantragt, die Motion 2016/004 abzuschreiben.</b>	

## 2.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

### 2.2.1. Postulate

Keine

### 2.2.2. Motionen

Keine

## 2.3. Bau- und Umweltschutzdirektion

### 2.3.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2014/431	<a href="#">Tramverbindung ins Industrie- und Gewerbeareal Bachgraben Allschwil</a> Postulat, <a href="#">Martin Rüegg</a> , vom 11.12.2014	Die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben in Zusammenarbeit mit den Transportunternehmungen und den hauptsächlich betroffenen Gebietskörperschaften die Tramnetzstudie 2020 aktualisiert und auf den Horizont 2040 erweitert. Am 1. November 2018 hat die landrätliche Bau- und Planungskommission von der Tramnetzstudie Kenntnis genommen. Anschliessend wurde sie am 14. Januar 2019 gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt veröffentlicht.  Das Tram Bachgraben ist Teil des Zielnetzes 2040, daher verweisen wir auf die aktualisierte Tramnetzstudie und die Präsentation in der Bau- und Planungskommission vom 1. November 2018.	

	<b>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2014/431 abzuschreiben.</b>	
--	--	--

2.3.2. *Motionen*

Keine

**2.4. Sicherheitsdirektion**

2.4.1. *Postulate*

Keine

2.4.2. *Motionen*

Keine

**2.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion**

2.5.1. *Postulate*

Keine

2.5.2. *Motionen*

Keine

**2.6. Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung des Landrats**

2.6.1. *Postulate*

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2016/050	<a href="#">Sicherer Datenaustausch im Landrat</a> Verfahrenspostulat, <a href="#">Pia Fankhauser</a> , vom 25.02.2016	Die Umsetzung der einheitlichen Mailadressen (vorname.nachname@lr-bl.ch) erfolgte im Oktober 2018. Die mobile Sitzungsvorbereitung, welche die CUG im Herbst 2017 abgelöst hat, bietet zudem einen zentralen Zugriff auf vertrauliche Dokumente, die von Landrätinnen und Landräten bearbeitet werden können. Der Austausch von Informationen kann ebenfalls über die mob. Sitzungsvorbereitung durch das Teilen von Notizen erfolgen. <b>Die Geschäftsleitung des Landrats beantragt, das Verfahrenspostulat 2016/050 abzuschreiben.</b>	

## 2.6.2. Motionen

Keine

## 3. Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

### 3.1. Finanz- und Kirchendirektion

#### 3.1.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2017/210	<a href="#">Basellandschaftliche Pensionskasse. Neu privatrechtlich organisiert</a> Postulat, <a href="#">Michael Herrmann</a> , vom 01.06.2017	Die Eingabe der Landratsvorlage erfolgt im 1. Semester 2019. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 19.10.2019.</b>	
2016/328	<a href="#">Harmonisierung und Koordination von Sozialleistungen</a> Postulat, <a href="#">Sabrina Corvini-Mohn</a> , vom 03.11.2016	Betreffend die Harmonisierung bedarf es vorab eines Konzeptes. Dieses soll aussagen, was genau zu harmonisieren ist und wie dies geschehen soll. Die Ausarbeitung des Konzeptes ist nicht nur komplex, sondern auch umfangreich, zumal zu eruieren ist, welche Daten seitens Kantons bereits vorhanden sind und welche im Rahmen eines externen Auftrags geschaffen werden müssen. Alsdann müssen definiert werden: Abbau von Schwelleneffekten (Hauptfokus), Unterteilung der Fehlanreize in Kategorien, negative Erwerbsanreize, Aufheben von Zirkelbezügen und Verhindern von Anrechnungslücken mittels einheitlicher Bedarfsberechnung sowie einer klaren Reihenfolge der Bezüge (Hierarchisierung der Bedarfsleistungen). Das Projekt wird Ende 2021 abgeschlossen sein. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 09.02.2019.</b>	
2016/309	<a href="#">Erarbeitung einer ganzheitlichen Strategie gegen die Armut</a> Postulat, <a href="#">Regula Meschberger</a> , vom 20.10.2016	Die Armutsstrategie wird in Zusammenarbeit mit der FHNW erarbeitet. Im 2018 traf sich zwei Mal die interdisziplinäre Arbeitsgruppe, wo auch die Gemeinden vertreten sind. Dabei wurden unter anderem die Meilensteine für 2019 definiert, erste Ergebnisse sind Ende 2019 zu erwarten, das Projekt ist im Sommer 2020 abgeschlossen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 09.02.2019.</b>	

2016/281	<a href="#">Zusammenführung von Fachstellen</a> Postulat, <a href="#">Reto Tschudin</a> , vom 22.09.2017	Der Entwurf einer Landratsvorlage ist in Arbeit und soll im 1. Quartal 2019 fertiggestellt werden. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 31.12.2019.</b>	
2016/202	<a href="#">Einführung eines proportionalen Einkommenssteuertarifs</a> Postulat, FDP-Fraktion, vom 16.06.2016	Im Regierungsprogramm 2016–2019 (LRV 2015/431) ist unter dem Schwerpunkt «Innovation und Wertschöpfung» (IW) als Legislaturziel IW-LZ 2 festgehalten, dass der Kanton Basel-Landschaft mit seinen Dienstleistungsstandards wettbewerbsfähig bleibt und Steuern hat, die für natürliche und juristische Personen im nationalen und internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind. Für die Steuerverwaltung wurde daraus das Ziel IW-RZD 6 abgeleitet, das wie folgt lautet: Die Besteuerung des Einkommens und des Vermögens wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten moderater und gleichmässiger ausgestaltet. Als Massnahmen / Projekte wurde festgelegt, dass eine Einkommens- und Vermögenssteuerreform vorbereitet wird. Im Rahmen dieses Projekts wird das Anliegen des Postulats geprüft werden. Der Grobzeitplan sieht vor, dass bis Ende 2019 die Vernehmlassungsvorlage vorbereitet und anfangs 2020 die Vernehmlassung durchgeführt wird. In der zweiten Hälfte 2020 könnte so mit der parlamentarischen Beratung begonnen werden. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 01.12.2019.</b>	
2016/198	<a href="#">Attraktivere steuerliche Rahmenbedingungen für Startups</a> Postulat, <a href="#">Christoph Buser</a> , vom 16.06.2016	Das Postulat sollte ursprünglich im Rahmen der kantonalen Umsetzung der Steuervorlage 17 (SV17) bearbeitet werden. Bei der Erstellung der LRV 2018/920 wurde dann aber darauf verzichtet, da inhaltlich andere Themen angesprochen werden. Es ist geplant, den Bericht zum Postulat bis Ende 2019 dem Landrat vorzulegen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 12.01.2020.</b>	
2015/257	<a href="#">Corporate Governance Regeln für Beitrags- resp. Subventionsempfänger</a> Postulat, <a href="#">Klaus Kirchmayr</a> , vom 25.06.2015	Das Thema wird in der Landratsvorlage Staatsbeitragsgesetz behandelt. Termin: erstes Semester 2019 im Landrat. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 19.11.2019.</b>	

2015/056	<a href="#">Ertragsneutrale Streichung der kantonalen Kurslisten</a> Postulat, <a href="#">Klaus Kirchmayr</a> , vom 29.01.2015	<p>Im Regierungsprogramm 2016–2019 (LRV 2015/431) ist unter dem Schwerpunkt «Innovation und Wertschöpfung» (IW) als Legislaturziel IW-LZ 2 festgehalten, dass der Kanton Basel-Landschaft mit seinen Dienstleistungsstandards wettbewerbsfähig bleibt und Steuern hat, die für natürliche und juristische Personen im nationalen und internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind. Für die Steuerverwaltung wurde daraus das Ziel IW-RZD 6 abgeleitet, das wie folgt lautet: Die Besteuerung des Einkommens und des Vermögens wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten moderater und gleichmässiger ausgestaltet. Als Massnahmen / Projekte wurde festgelegt, dass eine Einkommens- und Vermögenssteuerreform vorbereitet wird. Im Rahmen dieses Projekts wird das Anliegen des Postulats geprüft werden. Der Grobzeitplan sieht vor, dass bis Ende 2019 die Vernehmlassungsvorlage vorbereitet und anfangs 2020 die Vernehmlassung durchgeführt wird. In der zweiten Hälfte 2020 könnte so mit der parlamentarischen Beratung begonnen werden.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 16.04.2019.</b></p>	
2014/399	<a href="#">Rahmengesetz für Kantonsbeiträge an gemeinnützige Institutionen</a> Postulat, <a href="#">Pia Fankhauser</a> , vom 27.11.2014	<p>Das Thema wird in der Landratsvorlage Staatsbeitragsgesetz behandelt. Termin: erstes Semester 2019 im Landrat.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 30.04.2019.</b></p>	
2014/365	<a href="#">Aktualisierung Partnerschaftsbericht</a> Postulat, <a href="#">Rolf Richterich</a> , vom 30.10.2014	<p>Der Partnerschaftsbericht wird im Verlauf des Jahres 2019 aktualisiert.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 26.03.2019.</b></p>	
2010/372	<a href="#">Überprüfung der Leistungsvereinbarungen mit Basel-Stadt</a> Postulat, SVP-Fraktion, vom 28.10.2010	<p>Das Thema wird in der Landratsvorlage Staatsbeitragsgesetz behandelt. Termin: erstes Semester 2019 im Landrat</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 22.03.2019.</b></p>	

### 3.1.2. Motionen

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2016/138	<a href="#">Zusammenführen, was zusammengehört: Neuorganisation des Personalwesens umsetzen</a> Motion, Präsidium Personalkommission, vom 19.05.2016	Die Motion wird bis Mitte 2019 mittels einer Landratsvorlage beantwortet und zur Abschreibung beantragt. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 03.11.2019.</b>	
2016/045	<a href="#">Familienbesteuerung bei gemeinsamer Sorge und alternierender Obhut bei getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten</a> Motion, <a href="#">Dieter Epple</a> , vom 25.02.2016	Im Regierungsprogramm 2016–2019 (LRV 2015/431) ist unter dem Schwerpunkt «Innovation und Wertschöpfung» (IW) als Legislaturziel IW-LZ 2 festgehalten, dass der Kanton Basel-Landschaft mit seinen Dienstleistungsstandards wettbewerbsfähig bleibt und Steuern hat, die für natürliche und juristische Personen im nationalen und internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind. Für die Steuerverwaltung wurde daraus das Ziel IW-RZD 6 abgeleitet, das wie folgt lautet: Die Besteuerung des Einkommens und des Vermögens wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten moderater und gleichmässiger ausgestaltet. Als Massnahmen / Projekte wurde festgelegt, dass eine Einkommens- und Vermögenssteuerreform vorbereitet wird. Im Rahmen dieses Projekts sollen die Anliegen der Motion umgesetzt werden. Der Grobzeitplan sieht vor, dass bis Ende 2019 die Vernehmlassungsvorlage vorbereitet und anfangs 2020 die Vernehmlassung durchgeführt wird. In der zweiten Hälfte 2020 könnte so mit der parlamentarischen Beratung begonnen werden. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 14.04.2019.</b>	
2014/309	<a href="#">Lehre für alle</a> Motion, <a href="#">Marianne Hollinger</a> , vom 18.09.2014	Eine Erstausbildung fällt grundsätzlich in die Unterhaltspflicht der Eltern. Kann den Eltern nicht zugemutet werden, für den Unterhalt und die Ausbildung ihres volljährigen Kindes aufzukommen, und reichen die Einnahmen (Lohn, Stipendien, Beiträge aus Fonds und Stiftungen) nicht aus, um den Unterhalt und die ausbildungsspezifischen Auslagen zu decken, so kann die Sozialhilfebehörde eine ergänzende Unterstützung beschliessen. Eine bedürftige Person erhält bereits aufgrund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen Sozialhilfe, wenn sie nach dem Berufsattest (EBA) das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis (EFZ) erlangen will. Das KSA hat dies im Handbuch (das Nachschlagewerk für die Gemeinden) festgehalten und auch aktiv die	

		Gemeinden daran erinnert. In der Praxis gibt es hierzu keine Probleme. Eine Präzisierung wird mit der nächsten Gesetzesrevision vorgenommen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 26.03.2019.</b>	
2010/188	<a href="#">Standesinitiative: Schweizerische Erdbebenversicherung</a> Motion, <a href="#">Klaus Kirchmayr</a> , vom 06.05.2010	Der Entwurf einer Landratsvorlage ist in Arbeit und wird dem Landrat im 1. Quartal 2019 überwiesen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 15.06.2019.</b>	

### 3.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

#### 3.2.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2016/329	<a href="#">Die operative Umsetzung der Schwarzarbeitskontrollen - eine hoheitliche Aufgabe des Kantons</a> Postulat, <a href="#">Kathrin Schweizer</a> , vom 03.11.2016	LRV für März / April 2019 geplant. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 31.12.2019.</b>	
2015/015	<a href="#">Genossenschaftlicher Wohnungsbau beim Spiesshöfli</a> Postulat, <a href="#">Kathrin Schweizer</a> , vom 15.01.2015	Der zuständigen landrätlichen Kommission wird beantragt, den Landratsbeschluss der Vorlage 2019/105 um Abschreibung des Postulats 2015/015 zu ergänzen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 15.06.2019.</b>	

#### 3.2.2. Motionen

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2016/279	<a href="#">Ergänzung des Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA)</a> Motion, <a href="#">Marie-Theres Beeler</a> , vom 22.09.2016	LRV ist für März / April 2019 geplant. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 17.11.2019.</b>	

2008/091	<a href="#">Nachtflugsperr</a> auf dem EAP Motion, Madeleine Göschke-Chiquet, vom 10.04.2008	Derzeit sind die Eigentümerstrategie zum EAP sowie diverse Vorstösse in parlamentarischer Beratung. Der vorliegende Vorstoss soll in Kenntnis der Ergebnisse der Eigentümerstrategie und der Vorstösse bis 22.05.2020 bearbeitet werden. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 22.05.2020.</b>	
----------	---	--	--

### 3.3. Bau- und Umweltschutzdirektion

#### 3.3.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2017/255	<a href="#">Ausschreibung sämtlicher Konzessionen für Buslinien</a> Postulat, <a href="#">Christoph Buser</a> , vom 29.06.2017	Der Antwortentwurf liegt vor. Mit den konzessionierten Transportunternehmen wird aktuell noch die Zielvereinbarungen ausgehandelt. Der Regierungsrat möchte auf dieser Basis den Bericht zum Postulat vorgängig beraten. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 13.12.2019.</b>	
2017/236	<a href="#">Park &amp; Pool-Anlagen in der Region Basel</a> Postulat, <a href="#">Markus Graf</a> , vom 15.06.2017	Es wurde eine Studie zum Thema Park & Pool erarbeitet. Diese Studie befindet sich gegenwärtig in Bereinigung und es muss noch der Beschluss bzgl. weiterem Vorgehen erfolgen. Erst anschliessend kann die LRV zur Beantwortung des Postulates erfolgen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 02.11.2019.</b>	
2017/163	<a href="#">Hochleistungsstrassennetz Nordwestschweiz 2040+</a> Postulat, <a href="#">Rolf Blatter</a> , vom 04.05.2017	Gegenwärtig sind diverse Planungen und Projektierungen gemäss den Forderungen des Postulats im Gange bzw. die als Grundlage zur Beantwortung des Postulats notwendig sind; so liegt z.B. für den Zubringer Bachgraben der Entwurf des Vorprojekts vor. Des Weiteren wird das ASTRA die Planung für einen Westring Basel voraussichtlich in naher Zukunft starten. Ein Ausbau des HLS-Netzes in der Region Basel für die Phase 2040+ ist zwingend mit diesem Vorhaben und den Plänen des ASTRA's abzustimmen. Daher wird die konkrete fachliche Behandlung und Abschreibung frühestens in zwei bis drei Jahren möglich sein.	

		<b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 02.11.2019.</b>	
2016/385	<a href="#">Lokale Deponiestandorte</a> Postulat, <a href="#">Markus Graf</a> , vom 01.12.2016	Wird mit der KRIP-Anpassung 2018 behandelt. Die Überweisung der Vorlage erfolgt voraussichtlich im 2. Quartal 2019 an den Landrat <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 23.03.2019.</b>	
2016/334	<a href="#">Ausscheidung Gewässerraum nach eidg. Gewässerschutzverordnung (GeSchV), Art. 41a-c</a> Postulat, <a href="#">Susanne Strub</a> , vom 03.11.2016	Das Postulat wird mit den beiden Motionen 2017/615 und 2017/617. Diese weisen dieselben Anliegen auf. Die Inhalte dieser Motionen hängen mit dem Kantonsgerichtsurteil vom 28.03.2018 zusammen, welches seit Mitte November schriftlich vorliegt. Es wird nun eine Raumplanungs- und Baugesetz-Änderung (§ 12a) ausgearbeitet, welche die beide Motionen umsetzt. Die RBG-Änderung soll ca. Ende Februar für die öffentliche Vernehmlassung vorliegen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 12.01.2019.</b>	

### 3.3.2. Motionen

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2016/100	<a href="#">Mehr Lebensqualität in Therwil, Langmattstrasse</a> Motion, <a href="#">Oskar Kämpfer</a> , vom 14.04.2016	Das Anliegen wurde aufgenommen und die Vorlage zur Genehmigung des Generellen Projektes (2018/605) wurde am 5. Juni 2018 dem Landrat überwiesen; ca. 7 Monate später liegt nun der Kommissionsbericht der BPK vor (15.01.2019). Die Motion soll schlussendlich dann mit der Vorlage für die die Ausgabebewilligung Bau abgeschrieben werden. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 16.06.2019.</b>	

## 3.4. Sicherheitsdirektion

### 3.4.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2017/186	<a href="#">Kantonale Strategie Cyber-Kriminalität</a> Postulat, <a href="#">Klaus Kirchmayr</a> ,	Zur Erarbeitung einer kantonalen Strategie im Umgang mit der Cyber-Kriminalität wurde von Polizei und Staatsanwaltschaft ein Projekt gestartet. Projektziele sind die Erarbeitung von Strukturen, welche geeignet sind, im	

	vom 18.05.2017	Bereich Cyber-Kriminalität adäquate Strafverfolgung zu betreiben, die Aufklärungsquote zu erhöhen und Präventionsarbeit zu leisten. Das Konzept wird Ende des ersten Quartals 2019 vorliegen, sodass dem Landrat darüber berichtet werden kann, bevor es in die Umsetzung geht. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 19.10.2019.</b>	
2017/126	<a href="#">Update Familienbericht</a> Postulat, <a href="#">Pia Fankhauser</a> , vom 23.03.2017	Die Texte zum Familienbericht 2018 sind geschrieben. Der Einbezug von betroffenen Dienststellen und den Gemeinden erfolgt Anfang 2019. Vor der Publikation sollen die Gemeinden die Gelegenheit erhalten, sich zum Inhalt zu äussern. Anschliessend wird der Bericht möglichst rasch zu Händen des Landrates überarbeitet. Der Familienbericht wird im zweiten Quartal 2019 vorliegen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 14.09.2019.</b>	
2016/253	<a href="#">Rechtliche Grundlagen für Bodycams bei der Polizei schaffen</a> Postulat, <a href="#">Klaus Kirchmayr</a> , vom 08.09.2016	Im Rahmen der laufenden Polizeigesetzesrevision wird eine gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Bodycams geschaffen. Die Vernehmlassung der Revision des Polizeigesetzes ist für das erste Quartal 2019 vorgesehen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 01.12.2019.</b>	

### 3.4.2. Motionen

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2017/059	<a href="#">Stationäre therapeutische Massnahmen nach Art. 59 StGB konsequent vor die Dreierkammer des Strafgerichts</a> Motion, <a href="#">Diego Stoll</a> , vom 09.02.2017	Der Entwurf der Landratsvorlage wurde am 13.9.2018 in Vernehmlassung gegeben. Die Vernehmlassung wurde am 14.12.2018 abgeschlossen und die definitive Landratsvorlage wird im ersten Quartal 2019 vorliegen. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 04.05.2019.</b>	

### 3.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

#### 3.5.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2017/081	<a href="#">Entwicklungsstrategie für das Sportmuseum Schweiz</a> Postulat, <a href="#">Martin Rüegg</a> , vom 23.02.2017	Das Geschäft wird im Januar 2019 im Regierungsrat behandelt und dem Landrat voraussichtlich im 2. Quartal 2019 vorgelegt. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 23.3.2019.</b>	
2017/025	<a href="#">Uni Basel – Design to Cost: Konsequente Vermietung ungenutzter Räumlichkeiten</a> Postulat, FDP-Fraktion, vom 12.01.2017	Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen der Bearbeitung des Handlungsfelds „Neuregelung des Immobilienwesens der Universität Basel“ im 2019 geprüft. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 30.11.2019.</b>	
2016/406	<a href="#">Standardisierte Leistungschecks aus finanziellen und pädagogischen Gründen reduzieren</a> Postulat, <a href="#">Jürg Wiedemann</a> , vom 14.12.2016	Das Geschäft wird voraussichtlich im 1. Quartal 2019 im Regierungsrat behandelt und dem Landrat im 2. Quartal vorgelegt. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 16.3.2019.</b>	
2016/262	<a href="#">Weisungsrecht der Schulleitungen</a> Postulat, <a href="#">Regula Meschberger</a> , vom 08.09.2016	Im Herbst 2018 hat eine breite Vernehmlassung zu Fragen und Forderungen rund um das Weisungsrecht stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Vernehmlassung werden Ende Januar 2019 mit den Anspruchsgruppen und Sozialpartnern diskutiert. Anschliessend wird der Bericht erarbeitet. Das Geschäft wird dem Landrat voraussichtlich im 2./3. Quartal 2019 vorgelegt. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 17.11.2019.</b>	
2016/046	<a href="#">Ohne Leistungsauftrag keine Mittel aus der Kulturpauschale</a> Postulat, <a href="#">Georges Thüring</a> , vom 25.02.2016	Das Postulat wird im Rahmen der Landratsvorlage betreffend Kulturpartnerschaft BS/BL beantwortet. Die Landratsvorlage äussert sich zu all den durch den Postulanten gestellten Fragen. Sie ist am 16. Dezember 2018 zur Vernehmlassung freigegeben worden und wird dem Landrat voraussichtlich im 3. Quartal 2019 vorgelegt. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 14.4.2019.</b>	

2016/006	<a href="#">Berufsauftrag der Lehrpersonen überarbeiten</a> Postulat, <a href="#">Jürg Wiedemann</a> , vom 14.01.2016	<p>Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 17. April 2018 und in Übereinstimmung mit dem Vorstand des VBLG (für den Einbezug der durch die Gemeinden getragene Primarstufe) die BKSD mit der Anhörung von Anspruchsgruppen zum Entwurf von Eckwerten für die Neufassung des Berufsauftrags der Lehrerinnen und Lehrer beauftragt. Das Postulat wird im Rahmen der geplanten Landratsvorlage betreffend Änderung Personaldekret für die Neufassung des Berufsauftrags Lehrerinnen und Lehrer beantwortet und zur Abschreibung beantragt. Die Vorlage wird dem Landrat voraussichtlich im 4. Quartal 2019 unterbreitet.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 17.3.2019.</b></p>	
2015/262	<a href="#">Neuregelung Lektionsverpflichtung/ Berufsauftrag der schulischen LogopädInnen</a> Postulat, <a href="#">Thomas Bühler</a> , vom 25.06.2015	<p>Die Prüfung des Anliegens, die „schulischen Logopädinnen und Logopäden“ hinsichtlich Unterrichtsverpflichtung gleich zu stellen wie die Lehrpersonen der Primarstufe (28 Lektionen zu 45 Minuten statt 27 Lektionen zu 50 Minuten), erfolgt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden als Trägerinnen der Logopädie. Im April 2019 findet ein entsprechendes Gespräch mit dem VBLG statt. Anschliessend wird der Bericht erarbeitet und dem Landrat voraussichtlich im 4. Quartal 2019 unterbreitet.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 25.2.2019.</b></p>	
2015/211	<a href="#">Weiterbildungskonzept überdenken und Kosten einsparen</a> Postulat, <a href="#">Jürg Wiedemann</a> , vom 21.05.2015	<p>Das Geschäft wird voraussichtlich im 1. Quartal 2019 im Regierungsrat behandelt und dem Landrat im 2./3. Quartal 2019 vorgelegt.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 25.2.2019.</b></p>	
2015/098	<a href="#">Methodisch und didaktisch freie Unterrichtsgestaltung soll erhalten bleiben</a> Postulat, <a href="#">Jürg Wiedemann</a> , vom 05.03.2015	<p>Im Herbst 2018 hat eine breite Vernehmlassung zu Fragen und Forderungen rund um das Weisungsrecht und die Methodenfreiheit stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Vernehmlassung werden Ende Januar 2019 mit den Anspruchsgruppen und Sozialpartnern diskutiert. Anschliessend wird der Bericht erarbeitet. Das Geschäft wird dem Landrat voraussichtlich im 2./3. Quartal 2019 vorgelegt.</p> <p><b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 28.1.2019.</b></p>	

2015/075	<a href="#">Lehrmittelfreiheit auch an den Volksschulen</a> Postulat, <a href="#">Caroline Mall</a> , vom 12.02.2015	Das Postulat wurde im Rahmen der Arbeiten zum neuen Lehrmittelkonzept und der Totalrevision der Verordnung über Lehrmittel, Schulmaterialien und Unterrichtshilfen für die Volksschulen und den Kindergarten geprüft. Der Regierungsrat wird die Totalrevision voraussichtlich im 1. Quartal 2019 beschliessen. Gleichzeitig kann über das Postulat berichtet werden. Das Geschäft wird dem Landrat voraussichtlich im 2./3. Quartal 2019 vorgelegt. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 3.12.2019.</b>	
2013/359	<a href="#">Unklare Weisungsbefugnisse</a> Postulat, <a href="#">Jürg Wiedemann</a> , vom 17.10.2013	Als Teil der Arbeiten zur Governance Bildung wurde ein Projekt „Führungsstrukturen“ gestartet. Ziel ist es, Entscheidungsgrundlagen und darauf basierend eine Landratsvorlage zu erarbeiten. Die Postulate 2013/186, 2013/313 und 2013/359 sowie die Motion 2016/254 werden dabei berücksichtigt. Die Vorlage wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Semester 2020 unterbreitet. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 11.12.2019.</b>	
2013/313	<a href="#">Prüfung einer Anpassung des Pflichtenheftes der Schulräte</a> Postulat, <a href="#">Jürg Wiedemann</a> , vom 05.09.2013	Als Teil der Arbeiten zur Governance Bildung wurde ein Projekt „Führungsstrukturen“ gestartet. Ziel ist es, Entscheidungsgrundlagen und darauf basierend eine Landratsvorlage zu erarbeiten. Die Postulate 2013/186, 2013/313 und 2013/359 sowie die Motion 2016/254 werden dabei berücksichtigt. Die Vorlage wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Semester 2020 unterbreitet. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 30.10.2019.</b>	
2013/186	<a href="#">Funktion der Schulräte der Volksschule neu überdenken</a> Postulat, <a href="#">Caroline Mall</a> , vom 30.05.2013	Als Teil der Arbeiten zur Governance Bildung wurde ein Projekt „Führungsstrukturen“ gestartet. Ziel ist es, Entscheidungsgrundlagen und darauf basierend eine Landratsvorlage zu erarbeiten. Die Postulate 2013/186, 2013/313 und 2013/359 sowie die Motion 2016/254 werden dabei berücksichtigt. Die Vorlage wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Semester 2020 unterbreitet. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 30.10.2019.</b>	

### 3.5.2. Motionen

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2016/254	<a href="#">Neue Rechtswege im Schulbereich - «Grounding für Helikopter-Eltern»</a> Motion, <a href="#">Klaus Kirchmayr</a> , vom 08.09.2016	Als Teil der Arbeiten zur Governance Bildung wurde ein Projekt „Führungsstrukturen“ gestartet. Ziel ist es, Entscheidungsgrundlagen und darauf basierend eine Landratsvorlage zu erarbeiten. Die Postulate 2013/186, 2013/313 und 2013/359 sowie die Motion 2016/254 werden dabei berücksichtigt. Die Vorlage wird dem Landrat voraussichtlich im 1. Semester 2020 unterbreitet. <b>Der Regierungsrat beantragt, die Frist um ein Jahr bis 3.11.2019.</b>	

## 3.6. Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung des Landrats

### 3.6.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2017/107	<a href="#">Öffentlichkeitsprinzip und Transparenz auch bei Regierungsratsbeschlüssen</a> Postulat, <a href="#">Diego Stoll</a> , vom 16.03.2017	Die Umsetzung des Postulats bedingt, dass die Prozesse zur Eingabe und zum Ausstellen bzw. Publizieren von Regierungsratsbeschlüssen in der Gesamtverwaltung angepasst werden müssen. Zudem müssen verschiedene Systemanpassungen in der digitalen Geschäftsverwaltung (Axioma) vorgenommen werden.  Die Landeskanzlei wird bis Ende 2019 ein entsprechendes Projekt abgeschlossen haben. In diesem Zusammenhang wird dem Landrat bis Ende 2019 ein Bericht zum Postulat zugestellt werden. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 18.05.2019.</b>	
2015/081	<a href="#">Unklar definierte Behandlungsfristen</a> Postulat, <a href="#">Jürg Wiedemann</a> , vom 12.02.2015	Das Postulat wird im Rahmen des Projekts «Teilrevision Gesetz über die Politische Reche» einbezogen werden. Gemäss aktuellem Planungsstand wird die Vorlage des Regierungsrats Anfang 2. Semester 2019 dem Landrat zugestellt, September 2020 Volksabstimmung, 2021 Inkrafttreten. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 05.11.2019.</b>	

3.6.2. *Motionen*

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2016/078	<a href="#">Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte bzgl. Vorgehen bei Stimmgleichheit</a> Motion, <a href="#">Markus Graf</a> , vom 17.03.2016	Die Motion wird im Rahmen des Projekts «Teilrevision Gesetz über die Politische Rechte» einbezogen werden. Gemäss aktuellem Planungsstand wird die Vorlage des Regierungsrats Anfang 2. Semester 2019 dem Landrat zugestellt, September 2020 Volksabstimmung, 2021 Inkrafttreten. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 19.05.2019.</b>	
2015/418	<a href="#">Verrechnungsmöglichkeit Datenschutz</a> Motion, <a href="#">Klaus Kirchmayr</a> , vom 03.12.2015	Das Postulat ist im Rahmen einer Teilrevision des Informations- und Datenschutzgesetzes, Anpassungen an das geänderte Europäische Datenschutzrecht in Bearbeitung (Federführung SID). Die Vernehmlassung erfolgt vor den Sommerferien 2019, die Zustellung an den Landrat bis Ende 2019. <b>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 10.03.2020.</b>	

#### **4. Anträge**

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 der Landratsvorlage aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 der Landratsvorlage aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 19. Februar 2019

Im Namen des Regierungsrats

Die Präsidentin:

Monica Gschwind

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich

#### **5. Anhang**

- Entwurf Landratsbeschluss

## **Landratsbeschluss**

**über Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind**

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. die unter Ziffer 2 der Landratsvorlage aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 der Landratsvorlage aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, Datum wird von der LKA eingesetzt!

Im Namen des Landrats

Der Präsident:

Die Landschreiberin: